



Workshop Beitrag lokaler und kommunaler Akteure zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie

Cottbus, 22.10.2012

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung und Einführung	3
Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene - Bestandsaufnahme und Perspektiven	7
Lokal handeln – der Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung?	11
Erfahrungen und Erwartungen an die Nachhaltigkeitsstrategie	13
Einbindung der Kommunen in die Nachhaltigkeitsstrategie	15
Zusammenarbeit zwischen lokaler Agenda und Kommunen	17
Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge	19
Arbeitsgruppe 1: Vertikale Kooperation	19
Arbeitsgruppe 2: Vernetzung auf lokaler Ebene	21
Schlusswort	25
Anhang	26
Fotos Arbeitsgruppe 1	26
Fotos Arbeitsgruppe 2	27
Liste der Teilnehmenden	31
Liste der Teilnehmenden	31

Veranstaltungsort

Stadthaus Cottbus

Altmarkt 21

03046 Cottbus

Titelfoto: © Stadt Cottbus

Begrüßung und Einführung

Lothar Nicht

Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Bürgerservice der Stadt Cottbus

Lothar Nicht begrüßt die Teilnehmenden in Cottbus, der Stadt, die trotz aller gegenteiligen Prognosen noch immer 100.000 Einwohner hat. Cottbus ist regionaler Wirtschaftskern, ist eine grüne Stadt und Universitätsstadt. Dies bilde die beste Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, so Lothar Nicht.

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Ansatz der Landesregierung, Stärken zu stärken. Eine der Cottbuser Stärken sind dabei die Brandenburgische Technische Universität und die Hochschule Lausitz. Diese Hochschulen sind zukünftig besser auszustatten, als das früher der Fall war. Dies ist wichtig, damit die Einwohnerzahl von 100.000 erhalten bleibt. Studierende sollen im Anschluss an ihr Studium in Cottbus bleiben, sich wohlfühlen und gut bezahlte Arbeitsplätze vorfinden. Wie wichtig gut bezahlte Arbeit ist, zeigt der Fakt, dass in den Jahren seit 1990 vor allem Frauen zwischen 20 und 40 Jahren wegen schlecht-bezahlter Arbeitsplätze die Region verlassen haben.

Lokale Agenda

Der Weg in eine nachhaltige Gesellschaft erfordert vor allem eine Veränderung unserer Verhaltensweisen und unseres Konsumstils, so Lothar Nicht. Er hat die Konferenz in Rio de Janeiro 1992 aufmerksam verfolgt, die Grundpfeiler der nachhaltigen Entwicklung seien wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Gerechtigkeit sowie die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen. Kapitel 28 der Agenda 21, die für Cottbus schon lange kein Fremdwort mehr ist, nimmt die Kommunen weltweit in die Verantwortung. Ein Beispiel in Cottbus ist die Erarbeitung eines kommunalen Energiekonzeptes.

Energiestrategie

Die Stadt Cottbus unterstützt die Energiestrategie des Landes Brandenburg dem Grunde nach. Hier muss es vordergründig um den vernünftigen Energiemix aus erneuerbaren Energien und Braunkohle gehen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu zusätzli-



chen Kosten im Netzausbau, die Speicherung sei ungewiss. Diese Mehrkosten dürften nach dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit „nicht auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen“ werden, betont Lothar Nicht.

Daseinsvorsorge

Lothar Nicht stellt heraus, dass es ein Problem ist, dass die kommunale Daseinsvorsorge nicht durchgehend gegeben sei. Beispielsweise werden die Kosten der Unterkunft im Sozialbereich (z. B. im Rahmen der Sozialhilfe, des Arbeitslosengeldes II und Hartz IV) zum großen Teil von Kommunen getragen. Notwendig sei zu erwähnen, so Lothar Nicht, dass Privatisierungen nicht den erwünschten Effekt gebracht hätten. Es ist zu überlegen, bereits Privatisiertes wieder in Kommunalhand zu nehmen.

Stadtentwicklung

In Cottbus werden Bürgerinnen und Bürger in städtebauliche Entwicklungsvorhaben einbezogen. Die erste Stufe des Lärmaktionsplans ist beschlossen und auch der Luftreinhalteplan schreitet voran. Der Umbau der Bahnhofstraße ist abgeschlossen, bald wird die feierliche Eröffnung stattfinden. Lothar Nicht bedankt sich an dieser Stelle bei den zuständigen Ministerien. Cottbus gibt damit auch ein klares Bekenntnis zum ÖPNV ab. Er will die Gelegenheit nutzen, die Landes-

regierung zu bitten, in Deutschland und der EU für die weitere Förderung der Straßenbahn als die Form der Elektromobilität zu werben.

Kleingartenwesen

Cottbus, als grüne Stadt, setzt auch auf die Stärkung des Kleingartenwesens. Deshalb wurde für die Stadt eine Kleingartenentwicklungskonzeption erarbeitet. Auch hierbei gab es einen intensiven Dialog mit den Cottbusern. Am Ende dieses Prozesses steht ein Konzept, das den Gartenfreunden der Stadt Sicherheit gibt und welches sich auch nachhaltig positiv auf das innerstädtische Grün auswirken wird. Für die Förderung dieses Konzeptes ein herzliches Dankeschön an das MIL.

Umweltwoche

Seit 22 Jahren wird in Cottbus die Umweltwoche durchgeführt. Höhepunkt ist der Kinder- und Jugendumweltwettbewerb. Nächstes Mal steht der Wettbewerb unter dem Thema „Wasser ist Bewegung“. Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus vielen Bevölkerungsschichten nehmen an der Umweltwoche teil.

Hochwasserschutz und Altlastensanierung

Cottbus hat im Hochwasserschutz einen Dialog durchgeführt und einen Konsens auf dem Weg zu einer effizienten Hochwasserschutzstrategie im Einklang mit dem Naturschutz erreicht. Als abschließendes Beispiel erwähnt Herr Nicht die Altlastensanierung. Hier ist es gelungen, erhebliche Mittel für Sanierungsmaßnahmen zu akquirieren und somit nachhaltige und umweltschonende Stadtentwicklung überhaupt erst wieder möglich zu machen. Er spricht Dank für die finanzielle Unterstützung aus und wünscht „erfolgreiche und spannende Diskussionen“ sowie „mutige und nachhaltige Ideen“ beim heutigen Workshop.

Dr. Dietmar Woidke
Minister des Innern des Landes Brandenburg

Dr. Dietmar Woidke war in seiner Funktion als Umweltminister fünf Jahre für den Nachhaltigkeitsbeirat zuständig. Nun stellt er die Frage, was das Innenministerium für das Thema Nachhaltigkeit unternimmt? Einige Ideen, die sich nicht auf den ersten Blick erschließen, möchte er vorstellen.

Bottom-up-Ansatz

Was hat das Thema des Workshops mit der Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg zu tun? Die Strategie kann nur umgesetzt werden, wenn es gelingt, die kommunalen und regionalen Akteure in diesen Prozess einzubinden und den Gedanken möglichst breit zu verankern. Der Prozess sollte „bottom up“, also von unten nach oben ablaufen. Es gibt viele aktive Agentengruppen und auch aktive Kommunen, für die diese Fragen eine große Rolle spielen – auch ohne den Begriff „Nachhaltigkeit“.

Verwaltungsstrukturreform

Im Innenministerium wird gerade eine Diskussion über die Zukunft der Verwaltungsstrukturen im Land Brandenburg geführt. Eine Idee dabei ist es, sich die skandinavischen Verwaltungsstrukturen näher anzusehen. Dort leben ebenfalls wenige Menschen in großen Räumen, aber die Struktur sei effizienter. Allerdings geht es nicht nur um die Verwaltungsarchitektur des Landes Brandenburg, sondern auch um die Frage, wie sich vor allem regionale und kommunale Akteure einbringen können. „Fühlt sich der Bürger und die Bürgerin in solchen Strukturen noch zu Hause und ernst genommen?“ Die Ansprüche an die Verwaltung haben sich verändert, so Woidke.

Er betont, dass die Erwartungen an Bürgerbeteiligung stärker als je zuvor seien. Und wenn die Verwaltung offensiv darauf eingeht und Transparenz zeigt, macht das sowohl die Verwaltung als auch die Demokratie in Land und Gemeinden stärker.



Der Prozess zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie verläuft - gewollt oder zufällig - parallel zur kommunalen Verwaltungsstrukturreform. Diese Chance sollte man nutzen, um Ideen aus dem heutigen Workshop einzubringen.

Der Innenminister schließt seine Begrüßung mit den Worten: „Ihre Ideen sind hochwillkommen“ und wünscht „uns allen eine gute Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg“.

Konzeption und Zielsetzung des Workshops

Mit dem Workshop soll insbesondere die Bedeutung der kommunalen Ebene für die Nachhaltigkeitsstrategie als Ergänzung der fünf thematischen Workshops bearbeitet werden.

Die Kernfrage des Workshops lautet: „Welche Bedingungen sind nötig, damit Kommunen, lokale und regionale Akteure im Themenfeld Nachhaltigkeit aktiv und erfolgreich werden können?“

Dazu sollen die Erwartungen und Rollen sowie strategische Anforderungen an das künftige Handeln von Land, Kommunen und lokalen Akteuren formuliert werden.

Für den gemeinsamen Sprachgebrauch im Workshop erläutert Herr Löchtefeld das Verständnis der Begriffe horizontale Vernetzung, Vernetzung auf lokaler Ebene sowie vertikale Vernetzung.

- **Horizontale Vernetzung:**

Bei der horizontalen Vernetzung agieren ähnliche Akteure auf etwa gleicher Hierarchiestufe.

Beispiele: Städte- und Gemeindebund, Landkreistag, Brandenburg 21, VENROB, Runder Tisch BNE.

Diese Strukturen sind in Brandenburg schon für viele Themen etabliert und arbeitsfähig. Daher spielen sie im Rahmen des Workshops eine geringere Rolle.

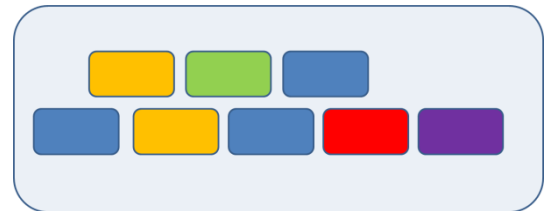


- **Vernetzung auf lokaler Ebene:**

Bei der Vernetzung auf lokaler Ebene agieren unterschiedliche Akteure auf etwa gleicher Hierarchiestufe miteinander.

Beispiele: Agendainitiativen, lokales Bündnis für

Familie, LEADER-Initiativen, integrierte Stadtentwicklungskonzepte.

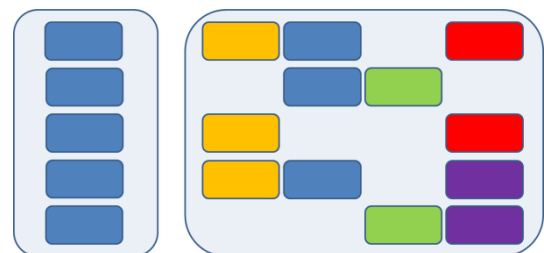


- **Vertikale Vernetzung:**

Bei der vertikalen Vernetzung arbeiten ähnliche oder unterschiedliche Akteure auf verschiedenen Hierarchiestufen zusammen.

Beispiele: Stadt-Kreis-Land-Bund; Bündnis für Fachkräftesicherung.

Links ein Beispiel für ähnliche, rechts für unterschiedliche Akteure.



Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene - Bestandsaufnahme und Perspektiven

Katrin Nolting

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung IZT Berlin

Katrin Nolting stellt ausgewählte Ergebnisse des IZT-Forschungsvorhabens „Rio+20 vor Ort“ vor, in dessen Rahmen im Vorfeld der internationalen Rio+20-Konferenz auch eine bundesweite Online-Befragung zu Agenda-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten in deutschen Kommunen durchgeführt wurde. Ziel war es einen Eindruck zu darüber zu erhalten, wie sich Agenda-21 und Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland seit 1992 entwickelt haben, innovative Beispiele zu identifizieren und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene abzuleiten. Frau Nolting wird die wichtigsten Ergebnisse vorstellen und konkrete Handlungsfelder, Beispiele und Empfehlungen nennen, die sich für Brandenburg daraus ableiten lassen.

Ausgewählte Ergebnisse der Befragung

Die Beteiligung an der Befragung lag bei 530 Akteuren aus Politik, Verwaltung (80%) und der Zivilgesellschaft (20%). An der Befragung haben sich Akteure aus allen Bundesländern beteiligt. Vertiefende Bundesländerstudien wurden mit Kooperationspartnern vor Ort für NRW, Bayern und Thüringen erarbeitet. Die Beteiligung an der Online-Befragung war in NRW und Bayern aufgrund persönlicher Anschreiben überdurchschnittlich hoch.

Mitte der 90er Jahre begannen die Kommunen mit der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 (LA21). Die Bewegung war in Deutschland stark zivilgesellschaftlich geprägt und wurde „von unten“ an Politik und Verwaltung herangetragen. Der Höhepunkt der kommunalen Beschlüsse lag um 1998/99, ab 2000 gab es einen deutlichen „Abschwung“. Interessant jedoch ist, dass es auch heute noch vereinzelte neue Beschlüsse unter dem „Label „Agenda21“ gibt.

Sektorale Strategien

In den letzten Jahren gehen immer mehr Kommunen dazu über, sektorale Beschlüsse zu fassen, am häufigsten im Bereich Energie und Klimaschutz. Sektorale

Strategien bieten einen guten Einstieg für eine nachhaltige Entwicklung. Allerdings besteht dabei die Gefahr, dass der ganzheitliche LA-21-Ansatz verloren geht.

Einschätzung der eigenen Zielerreichung

Die Einschätzung der eigenen Ergebniserreichung liegt im mittleren Bereich. Die meisten Kommunen, die sich an der Befragung beteiligt haben, sehen sich bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung bereits „auf dem Weg“. Dabei wird Nachhaltigkeit zunehmend in das Alltagsgeschäft der Kommunen integriert. Dies ist noch nicht perfekt, aber es wird zunehmend der Versuch unternommen, Ökonomie, Ökologie und Soziales als einen integrierten Ansatz zu denken.

Die erzielten Effekte werden besonders im ökologischen Bereich positiv eingeschätzt. Aber auch die erreichten sozialen, kulturellen und politischen Effekte werden als positiv wahrgenommen. Deutlichen Handlungsbedarf gebe es im ökonomischen Bereich sowie in der Geschlechter-, Generationen- und Globalen Gerechtigkeit, so Katrin Nolting.

Partizipation fördert Innovationen für Nachhaltige Entwicklung

Interessant dabei ist, dass in Kommunen mit LA-21-Beschlüssen mehr Partizipation stattfindet und dort auch mehr innovative Projekte und Aktivitäten umgesetzt werden. Wichtig ist es also für Politik und Verwaltung sich zu vergegenwärtigen, „dass Partizipation nicht nur Arbeit bedeutet, sondern, dass auch positive Ergebnisse für die Kommune erzielt werden können, betont Frau Nolting. Dies sei als „wechselseitiger Lernprozess“ zu begreifen.

Bürgerhaushalt als gutes Beispiel für Partizipation

Eine glaubwürdige und wirksame Partizipation kann besonders gut durch kommunale Bürgerbeteiligungshaushalte ermöglicht und in die Stadtgesellschaft transportiert werden. Gute Beispiele bieten hier die Städte Bonn, Jena, Potsdam sowie der Berliner Bezirk Lichtenberg.

Eine gute Beteiligungspraxis zeichnet sich dabei durch eine Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten aus. So gibt es neben einer Online-Plattform gleichermaßen Bür-

gerinformationsversammlungen, schriftliche Anfragen sowie Kinder- und Jugendbeteiligungen. Besonders wichtig ist es, Transparenz hinsichtlich dessen zu schaffen, was mit den Vorschlägen der Bürger passiert, was davon umgesetzt wird und was nicht. Ausreichend Zeit und eine Rechenschaftslegung durch die politisch Verantwortlichen bilden weitere wichtige Elemente. Vorteilhaft ist abschließend eine externe Evaluation des Bürgerbeteiligungshaushaltes durchzuführen, z. B. in Kooperation mit einer lokalen Hochschule.

Entwicklungstendenzen

In Deutschland war der Beginn der LA21-Beschlüsse stark zivilgesellschaftlich geprägt. In anderen Ländern wurden die Prozesse sehr viel mehr durch die Kommunen, die nationale Ebene und auch durch internationale Organisationen initiiert bzw. angestoßen. Ein Teil der LA-21-Prozesse in Deutschland ist ausgelaufen, andere haben mit starken Widerständen in der kommunalen Politik und Verwaltung zu kämpfen. Der Trend liegt in einer Hinwendung zu sektoralen Strategien sowie zu kommunalen Nachhaltigkeitsprozessen ohne dabei den Titel „Agenda 21“ zu verwenden. Gleichzeitig gibt es aber ebenso Kommunen, die

Agenda 21 mittlerweile als „Label“ etabliert haben und den begonnen Prozess auch unter diesem unterstützen und weiterentwickeln, so u.a. Augsburg, Heidelberg, Dortmund.

Eine Erkenntnis ist, dass das Ende der Agenda-21-Prozesse nicht das Ende von Nachhaltigkeitsprozessen bedeutet. Hier besteht jedoch die Gefahr, dass Nachhaltigkeit zu beliebig interpretiert wird und der ganzheitliche Ansatz verloren geht.

Aspekte und Erfahrungen aus Lokalen Agenda 21-Prozessen schlagen sich heute in vielfältigen anderen Prozessen nieder, so u.a. in nachhaltigen Stadtkonzeptionen, sektoralen Konzepten sowie Dorferneuerung und Bioenergiedörfern.

Herausforderungen für die Kommunen

Im Rahmen der Befragung kristallisierte sich als wesentliche Herausforderung für die Kommunen heraus, dass Probleme wie Klimawandel, Demografischer Wandel, Finanznot vieler Kommunen, steigende (Sozial-) Leistungen und die allgegenwärtige Ressourcenknappheit nicht als Einzelprobleme zu lösen sind. Für die Bewältigung dieser komplexen Problemlagen ist ein integrativer Ansatz notwendig. Hierbei sei der Mehrwert kommunaler Nachhaltigkeit als Quer-



schnittsaufgabe und integrierter Lösungsansatz unbedingt zu betonen, so Frau Nolting.

Systematische Verankerung von NE in Kommunen

Ziel sollte sein, Nachhaltigkeit als strategischen Ansatz und Querschnittsaufgabe in den Kommunen zu verankern. Sektorale Ansätze, wie die Konzentration auf Klimaschutz und Energie kann dabei als Einstieg genutzt werden. Gleichzeitig müssen Anreize für Kommunen von der Bundes- und Landesebene gesetzt werden, diesen Schritt aktiv anzugehen. Wichtig dabei sind professionalisierte Partizipationsprozesse, die durch Aus- und Weiterbildungen sowie eine lernende Verwaltung erreicht werden könnten.

Kommunen als Vorreiter

Kommunen agieren in Deutschland vielfach als Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung und beeinflussen dadurch positiv auch die Länder- und Bundesebene. Dies belegen zahlreiche gute Beispiele, wie sie u.a. in der Broschüre „Rio+20 vor Ort – Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ beschrieben sind.

Besonders wirksam sind Maßnahmen, die Kommunen gemeinsam in Landkreisen und Regionalverbänden umsetzen und die sich unmittelbar auf nachhaltiges Handeln kommunaler Kernbereiche richten. Ein solch wichtiges Handlungsfeld ist die öffentliche Beschaffung. Beispielgebend für die systematische Verankerung nachhaltigen Handelns lässt sich hier die „Magna Charta Ruhr.2010“ anführen. Sie ist eine verpflichtendes Bündnis aller 53 Ruhrgebietskommunen, im Rahmen ihrer kommunalen Beschaffung gänzlich auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verzichten und ihre Beschaffung in den nächsten Jahren systematisch und soweit möglich auf faire und nachhaltige Produkte umzustellen. Vorreiter und Initiator ist die Stadt Dortmund, die bereits zweimal als „Hauptstadt im fairen Handel“ ausgezeichnet wurde.

Das Bündnis der Ruhrgebietskommunen gegen ausbeuterische Kinderarbeit wurde durch das Zusammenwirken von vorhandenem politischen Willen und zivilgesellschaftlichem Engagement möglich. Mit 5 Mio. Einwohnern hat das Ruhrgebiet zugleich eine große Marktmacht und kann nachhaltigkeitsorientierte Standards bei der öffentlichen Beschaffung setzen.

Die Dortmunder Initiative hat einen Schneeballeffekt bewirkt, bei dem am Ende alle Ruhrgebietskommunen dem Bündnis beigetreten sind. Ähnliches wäre auch in anderen Regionen und Bundesländern, so auch Brandenburg, wünschenswert. Hier könnten im Zuge der Erarbeitung der Brandenburger Landesnachhaltigkeitsstrategie gezielt Impulse seitens der Landesregierung für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung gesetzt werden.

Netzwerke und Anlaufstellen

Für den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen sowie für ein gemeinsames Nachhaltigkeitslernen und die Umsetzung größerer gemeinschaftlicher Vorhaben sind professionell agierende Nachhaltigkeitsnetzwerke auf regionaler, Landes- und Bundesebene von besonderer Bedeutung.

Ein herausragendes Beispiel, das derzeit in Deutschland auf Landesebene einzigartig ist, ist die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. In der LAG 21 NRW sind über 130 Mitglieder aus dem kommunalen Spektrum organisiert. Die LAG 21 NRW führt auf Basis ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit gezielt Beratungen und Weiterbildungen für Kommunen u.a. zu den Themen Klimaschutz, Flächenmanagement, zu Klimapartnerschaften und Partizipation durch. Sie organisiert Kampagnen und wirkt auf Landesebene bei der Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprozesses mit.

Durch eine starke Vernetzung und regen Austausch, Beratung, zahlreiche Veranstaltungen und Weiterbildung entsteht eine gemeinsame Stärke, die sich im Land bemerkbar macht.

Ausgewählte Ergebnisse Online-Befragung aus Brandenburg

Die Beteiligung an der Befragung in Brandenburg lag bei 18 Städten, Landkreisen bzw. Initiativen. Zehn der beteiligten Kommunen haben einen Agenda-21-Beschluss, ebenso gibt es Beschlüsse im Energie- und Klimaschutzbereich, zwei Beschlüsse zu Flächenmanagement, aber keine Beschlüsse in den Bereichen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Biodiversität. Die laufenden Agenda-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten in den Kommunen werden

dabei als „auf dem Weg“ eingeschätzt. Die Gemeinden Wolkow/Lebus, Teltow und Schwielowsee geben an, bereits „viel erreicht“ zu haben.

Stärken Brandenburgs

Frau Nolting stellt Stärken von Nachhaltigkeitsprozessen in Brandenburg heraus:

- Es existieren in Brandenburg zivilgesellschaftlich getragene LA-21- bzw. Nachhaltigkeitsprozesse in Städten und Gemeinden
- Teilweise haben diese eine gute Verankerung in der Verwaltung. Hier kann auf Erfahrungen zurückgegriffen werden.
- Seit vielen Jahren arbeitet die Brandenburger Agenda Werkstatt (Brandenburg 21 e.V.) als zivilgesellschaftlicher Verein und trägt zur Vernetzung der NE-Aktivitäten in den Städten und Gemeinden bei. Dies ist eine wichtige Ressource, die auch zukünftig erhalten und genutzt werden sollte.
- Eine große Chance liegt Frau Nolting zufolge in der gemeinsamen Entwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie und dem einhergehenden Dialog zwischen Landesregierung, Kommunen und Zivilgesellschaft. Der Dialog sollte auch im Zuge der nachfolgenden Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie fortgesetzt werden. So ist es u.a. sinnvoll, Pilotprojekte gemeinsam mit den Kommunen und Zivilgesellschaft zu definieren und zu realisieren.

Wo soll es hingehen?

Für die Zukunft ist aus Sicht von Frau Nolting folgendes wünschenswert:

- der Aufbau, bzw. die Stabilisierung der Nachhaltigkeits-Netzwerke (als Anlaufstelle, Koordinierungs-, Beratungs- und Weiterbildungsfunktion)
- Unterstützung bei der Einrichtung von Nachhaltigkeitskoordinatorenstellen in den Kommunen sowie auf Landesebene
- die Landesnachhaltigkeitsstrategie sollte gesetzliche Vorgaben bieten
- eine breite Diskussion der Nachhaltigkeitsstrategie in Kommunen und Land

- die zukünftige Einbindung weiterer Akteure, wie Sportverbände oder Vertretungen von Migranten/-innen
- der Dialog im Rahmen der Landesnachhaltigkeitsstrategie sollte nicht nur Impulse für Kommunen setzen, sondern eine weiterführende kontinuierliche Zusammenarbeit bieten.

Diskussion im Plenum

Aus Sicht von Reiner Tietz (LA-21 Kreis Oberhavel) dürfen die Aufgaben im Zusammenhang nicht allein auf die Zivilgesellschaft verschoben werden. Er hat vier Anmerkungen zu den Ergebnissen:

- Er hätte gerne die Ergebnisse zwischen größeren und kleineren Kommunen getrennt.
- Tietz glaubt nicht, dass sich der Begriff Nachhaltigkeit in den Kommunen schon so verfestigt hat. Auf kommunaler Ebene sei aus seiner Wahrnehmung der Begriff Nachhaltigkeit wenig bis gar nicht verankert!
- Zum anderen sei es wichtig, dass neben den klassischen Themen der Lokalen Agenda auch auf andere Themen geblickt und auch auf andere Probleme eingegangen wird.
- Schließlich würde er sich freuen, wenn der Mehrwert der kommunalen Zusammenarbeit deutlicher ausgearbeitet werden kann.

Frau Nolting betont ebenfalls, dass Nachhaltigkeit in deutschen Kommunen auch 20 Jahre nach Rio noch kein Mainstream sei. Es dürfe auch nicht passieren, dass explizit kommunale Aufgaben auf die Zivilgesellschaft übertragen und die Zivilgesellschaft hierfür instrumentalisiert werde.

Die unterschiedliche Größe sowie auch die personelle und finanzielle Ausstattung der Kommunen spiele bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben eine große Rolle. Für das Flächenland Brandenburg betont Frau Nolting insbesondere noch mal die wichtige Rolle der Landkreise. Diese könnten gerade für die kleinen Mitgliedskommunen hinsichtlich Koordination und Ressourcen für Nachhaltige Entwicklung stark unterstützend tätig sein.

Lokal handeln – der Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung?

Dr. Albert Statz

Beirat für nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg

Dr. Albert Statz verweist auf den Zusammenhang des heutigen Workshops und der Erstellung der Landesnachhaltigkeitsstrategie. Eine Hauptaufgabe des Dialogprozesses ist, den Blick für weitergehende Fragestellungen zu öffnen und den Mehrwert des Nachhaltigkeitsansatz deutlich zu machen. Für die lokale Ebene bedeutet das, die Beteiligung von Kommunen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu sichern und hierfür Strukturen auf lokaler Ebene zu schaffen. Dabei sollte auch eine Verbindung zu den Themen gezogen werden, die bislang in den anderen Workshops angesprochen wurden.

Global denken - lokal handeln

In diesem Slogan der Konferenz in Rio 1992 sind zwei Perspektiven enthalten.

Der erste: Die globalen Herausforderungen müssen auf die lokale Ebene herunter gebrochen und dort umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind die Eine-Welt-Politik, der Faire Handel und die transnationale Zusammenarbeit in Städte- und Schulpartnerschaften, die nach Rio einen Aufschwung erlebten.

Die zweite Perspektive fordert ein, dass die lokalen Probleme, ausgehend von den Interessen und Bedürfnissen vor Ort, auf eine nachhaltige, also zukunftsorientierte und global gerechte Weise gelöst werden müssen. Beispiele für eine solche nachhaltige Stadtpolitik sind dezentrale Ansätze in der Klima- und Energiepolitik oder die soziale Inklusion angesichts des demografischen Wandels.

Rolle der Kommunalen Ebene

Welche Rolle spielen nun die Kommunen und die Aktiven vor Ort bei der Formulierung und Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie?

Dr. Albert Statz berichtet über einige Brandenburger Beispiele, welche die mögliche Rolle der Kommunen verdeutlichen sollen.

- Null-Emissions-Landkreis Barnim: Hier wird der umfassende Ansatz einer nachhaltigen Klima-



und Energiepolitik auf lokaler Ebene verankert. Die Herausforderungen für die Umsetzung eines breitangelegten „Masterplan Energie- und Stoffströme“ liegen in den notwendigen kommunalen Vernetzungs- und Verwaltungsstrukturen für eine nachhaltige Stadtpolitik als Querschnittsaufgabe sowie dem Verhältnis von allgemeinen Zielen auf Bundes- und Länderebene und der Politik vor Ort. Hier stellt sich die Frage, wie das widersprüchliche Verhältnis von Politik auf kommunaler und Landesebene gestaltet werden kann.

- Schülerfirma Schulwald Templin: Der Schulwald wird von Schülern unter Anleitung des Försters, der als Lehrer an die Schule abgeordnet wird, bewirtschaftet. Im Rahmen eines inklusiven Schulkonzepts für Schüler mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf werden Praxis und Lehre eng verzahnt. Die wirtschaftliche Herausforderung für die Schule liegt in der ökonomischen Tragfähigkeit des Konzepts, da die Pacht von der Schülerfirma selbst erwirtschaftet werden muss. Als Teil einer „lokalen Bildungslandschaft“ soll der Nachhaltigkeitsansatz auf weitere Funktionen des Stadtwaldes wie Tourismus und Freizeit ausgeweitet werden. Eine wichtige Fragestellung ist hierbei, welche Voraussetzungen staatlicherseits geschaffen werden müssen und wie die

zivilgesellschaftliche Basis stärker einbezogen werden kann.

- Mobiler Bürgerservice in Wittstock und Discobus im Spreewald - neue Formen der Organisation der Daseinsvorsorge unter den Bedingungen des demografischen Wandels. Hier zeigen sich die beiden Perspektiven der Teilhabe: Berücksichtigung lokaler Bedingungen für Politik und Verwaltung des Landes und Selbstorganisation vor Ort zur Verbesserung der Lebensqualität

Erfahrungen und Erwartungen an die Landesnachhaltigkeitsstrategie

Nachhaltigkeit solle vor allem auch aus kommunaler Perspektive betrachtet werden, so Dr. Statz. Wichtig ist zu diskutieren, wie man die Perspektiven der unterschiedlichen Ebenen miteinander verbinden kann.



Erfahrungen und Erwartungen an die Nachhaltigkeitsstrategie

Erfahrungen und Erwartungen an die Nachhaltigkeitsstrategie aus Sicht der Kommunen und lokalen Akteure

Die bisherigen Erfahrungen und die Erwartungen an die Nachhaltigkeitsstrategie werden in einer Fishbowl diskutiert. Gestartet wird mit folgenden Personen:

Lothar Nicht

Stadt Cottbus, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Bürgerservice

Dr. Markus Grünewald

Ministerium des Inneren, Referatsleiter Grundsatzfragen des Kommunalverfassungsrechts, allgemeine Kommunalaufsicht

Dr. Gerold Fierment

Brandenburg 21 e.V. / AG Brandenburgische Werkstatt Lokale Agenda 21

Thomas Golinowski

Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Referatsleiter für Umwelt, Ordnungsrecht und Verkehr

Die Diskussion dreht sich um die beiden Leitfragen:

- Welche guten Erfahrungen haben Sie bisher in Brandenburg mit beteiligungsorientierten lokalen/regionalen Bündnissen gemacht? Wie wird das Thema Nachhaltigkeit da eingebunden?
- Was ist Ihr eigener Beitrag? Welche Rolle sehen Sie für Ihre Organisation im Rahmen der künftigen Nachhaltigkeitsstrategie?

Gute Erfahrungen mit beteiligungsorientierten lokalen/regionalen Bündnissen

Aus Erfahrung meint Lothar Nicht, dass bei konkreten Themen angesetzt werden soll. Die Menschen müssen mit den Themen abgeholt werden, die sie betreffen und interessieren. Als Beispiel führt er den Luftreinhalteplan auf, den die Stadt umsetzen musste. In der Diskussion wurden über einen Trägerkreis indirekt über die vertretenen Organisationen fast 10.000 Einwohner/innen erreicht. Herr Nicht präferiert **konkret an Projekten** zu arbeiten, dabei alle Themen wie Finanzierung etc. zu behandeln und nicht Beiratsitzungen über die Rolle des Bürgers abzuhalten.

Herr Dr. Grünewald fordert, dass ein konkreter **Bewusstseinswandel** eingeleitet werden müsse. Nicht der Staat repräsentiere den Bürger, sondern der Bürger den Staat. Als konkretes Beispiel nennt er den Bürgerhaushalt in Potsdam, bei dem Bürger in den Aufstellungsprozess des Haushalts eingebunden werden. Aus Einzelinitiativen entsteht eine Bewegung. Die Kommunen sollten Voraussetzungen für eine **systematische Bürgerbeteiligung schaffen**.

Herr Golinowski vertritt die Auffassung, dass Bürger/innen nur bei Themen beteiligt werden sollen, **über die tatsächlich auch entschieden werden kann**. Sonst könnten Erwartungen der Bürger/innen an die Kommunen entstehen, die die Kommunen nicht erfüllen können. Im Zusammenhang mit Vorgaben des Gesetzgebers verweist er darauf, dass nicht nur die **Aufgaben auf Kommunen übertragen** werden sollen, sondern **auch Kompetenzen**.

Herr Dr. Fierment **erhofft sich** von der Landesnachhaltigkeitsstrategie, dass **landespolitische Impulse** und Programme stärker über Ressortzuständigkeiten hinaus integriert werden. Landtag und Landesregierung sollen lokale Nachhaltigkeitsprozesse unterstützen, Nachhaltigkeit als Entwicklungsziel der Kommunen stärker kommunizieren und den Mehrwert von Nachhaltigkeit vermitteln. In den Kommunen geht es darum, die Kompetenzen der Bürger in lokalen Agendaprozessen und Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung stärker zu nutzen; Infrastruktur und Möglichkeiten für Beratung und Vernetzung sollen vorhanden sein und finanziert werden.

Herr Dr. Grünewald betont, dass der **Begriff Nachhaltigkeit noch stärker in den Köpfen** verankert werden muss. Wichtig ist, über mögliche Kooperationen nachzudenken und Projekte auch zu evaluieren, um zu prüfen, was bisher erreicht wurde.

Frau Körmer (LAG Märkische Seen) bestätigt aufgrund ihrer Erfahrungen, dass Kommunen **Ansprechpartner für Beteiligung und Nachhaltigkeit** benötigen. Bezüglich der Unterstützung Ehrenamtlicher gibt es Nachholbedarf. Diese müssen ihre Arbeit selber



finanzieren und manche Bürgermeister/innen kennen die Möglichkeiten der Beteiligung nicht. Frau Körmer schlägt vor, erfolgreiche und praktikable Projekte als Beispielträger zu kommunizieren. Darüber hinaus sollen Ehrenamtliche und Verwaltung für entsprechende Aufgaben qualifiziert werden.

Katrin Nolting unterstreicht, dass Kommunen Anlaufstellen brauchen. Als Beispiel führt sie das [Nachhaltigkeitszentrum](#) in Thüringen an, das sowohl den Kommunen als auch den Ehrenamtlichen bei Fragen zum Thema Nachhaltigkeit und für Beratung zur Verfügung steht, sowie Regionaltreffen zu spezifischen Themen organisiert. Die Aussage von Herrn Golinski unterstützt sie. Sie befürwortet eine Prüfung, ob Bürgerinnen und Bürger bei den Prozessen auch wirkliche etwas entscheiden können. Wichtig ist, Transparenz über das Verfahren herzustellen, um die Einflussmöglichkeiten von Bürger/innen sichtbar zu machen.

Frau Körmer findet es wichtig, dass **Handlungsempfehlungen** z. B. in Form eines Katalogs oder einer Checkliste zur Verfügung stehen. Außerdem sollte das

Thema Bildung im Rahmen von Nachhaltigkeit stärker fokussiert werden.

Für Olaf Borchardt (Bürgermeister der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf) ist die **Vermittlung des Nachhaltigkeitsgedanken** eine wesentliche Aufgabe. Eine Nachhaltigkeitsprüfung ist sehr kompliziert verbunden mit einem hohen Zusatzaufwand. Der Mehrwert einer solchen **Nachhaltigkeitsprüfung** muss geklärt, der Bedarf konkreter Maßnahmen erfasst und die Messung der Wirksamkeit geprüft werden. Kommunen und Land sollen **Fortbildungsangebote** entwickeln und die Bedeutung von Nachhaltigkeit für die Verwaltung betonen.

Frau Hustig (Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthetal) vertritt die These, dass Nachhaltigkeit im Kopf beginnt und daher ein Gemeindevertreterbeschluss und ein Auftrag an eine Gemeinde nicht immer zielführend ist. Frau Hustig wünscht sich von der Landesregierung, dass kommunale Bedienstete ausgebildet werden und somit das Thema in die Kommunen weitertragen.

Einbindung der Kommunen in die Nachhaltigkeitsstrategie

Einbindung der Kommunen in die Erstellung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie - Erarbeitung von Leitfragen

Stefan Löchtfeld erläutert zu Beginn noch mal den Prozess zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg: dieser und die anderen fünf thematischen Workshops sind ein Teil des geplanten Prozesses. Darin sollen die Anregungen und weitergehenden Ideen der Brandenburger Akteure zu den Eckpunkten der Landesregierung gesammelt und diskutiert werden. Im Anschluss erarbeitet die Landesregierung unter Federführung des Umweltministeriums den Entwurf einer Landesnachhaltigkeitsstrategie. Dieser Entwurf wird dann mit den Akteuren diskutiert werden.

Als Beispiele werden einige Fragen, die im Prozess der Erstellung der Landesnachhaltigkeitsstrategie gestellt werden sollten, vorgestellt:

- Wie findet Informationsaustausch statt?
- Wie können sich die Akteure später bei der Umsetzung noch einbringen?
- Wie wird die Umsetzung überprüft und wie werden die Erfolge gemessen?
- Welche weiteren Rahmenbedingungen müssen noch geklärt werden?

In Kleingruppen diskutieren die Teilnehmenden welche Fragestellungen im Prozess der Erstellung und Umsetzung der NHS wichtig sind und welche ersten Ideen die Teilnehmenden dazu haben. Die wichtigsten Ergebnisse werden festgehalten und im Anschluss

von einem Berichtersteller präsentiert.

1. Bericht Gruppe 1: Die Gruppe hat drei zentrale Begriffe für das Problem der Nachhaltigkeit erkannt:
 - Generationengerechtigkeit: Jede Generation hat Ansprüche und möchte die eigenen Ziele so leben wie alle anderen auch.
 - Führungskräftebildung: Bei allen demografischen Prozessen braucht es Leute, die als Multiplikatoren für das Politikfeld wirken, in dem man agieren will.
 - Der Begriff „Nachhaltigkeit“ sollte besser nicht verwendet werden. Stattdessen braucht es einen Begriff, der aus der Lebenswelt des Menschen kommt, bspw. „Kommune gestalten“.
2. Bericht Gruppe 2: Das Thema der Gruppe war die notwendige Hilfestellung für die Kommunen beim Thema Nachhaltigkeit. Eine Pflichtaufgabe ist die Fortbildung, da Nachhaltigkeit erst einmal in die Köpfe muss. Darüber hinaus ist Nachhaltigkeit als Lösung zu verstehen, und nicht als Problem, das zu lösen ist.
3. Bericht Gruppe 3: Ein wichtiges Thema ist der ländliche Raum fernab der Metropolregion. Dort gibt es auch andere Sorgen als Nachhaltigkeit, wie beispielweise fehlende Finanzen. Da muss man erst für Nachhaltigkeit sensibilisieren.



4. Bericht Gruppe 4: Eine Bildungsstrategie ist notwendig. Wissen ist nötig und auch zu erfahren, wie verbindlich die Dialogprozesse und Ziele sind. Es bedarf einer Infrastruktur, die jedoch nicht nur ehrenamtlich geleistet werden kann.
5. Bericht Gruppe 5: Ein Hauptproblem scheint zu sein, dass mehr Partizipation und mehr Ressourcen nötig sind, um die horizontale Vernetzung zu verbessern. Des Weiteren sind keine „worst practice“ Beispiele geschildert worden – in vielen Kommunen findet nämlich nichts statt. Daher muss die Bildungsarbeit verstärkt werden.
6. Bericht Gruppe 6: Die Gruppe diskutierte die Frage, wie Politik und Verwaltung gewonnen werden kann. Eine frontale Wissensvermittlung ist nicht geeignet, so das Ergebnis der Kleingruppe. Wünschenswert ist eine Einladung zum Denken, wie künftig Lösungen nicht lediglich präsentiert sondern gemeinsam erarbeitet werden können. Dies sollte dann in einer kurzen abrissartigen Darstellung zusammengefasst werden. Das Dokument soll die Menschen animieren und neugierig machen.
7. Bericht Gruppe 7: Die letzte Gruppe kam zu dem Ergebnis, dass eine bessere Unterstützung der Kommunen notwendig ist um weiterzumachen.

Erstes Zwischenfazit

Was nehmen Sie für die weitere Erstellung der Landesnachhaltigkeitsstrategie vom Vormittag mit?

Dr. Martin Pohlmann, Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, nimmt aus den Diskussionen des Vormittags mit, wie wichtig das Thema Bildung und insbesondere Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist. Der Workshop dazu findet am 02.11.2012 statt.

Wichtig aus seiner Sicht ist zudem, dass Vernetzung und Weiterbildung auch finanziert werden muss. Derzeit läuft ein Diskussionsprozess, der die Prioritäten für die Mittelvergabe der drei EU-Strukturfonds (ESF, EFRE, ELER) klärt. Herr Pohlmann hofft, dass diese Gedanken der Nachhaltigkeit, Strategie und Vernetzung von Bündnissen in diesem Zusammenhang miteingebracht werden können.

Dr. Markus Grünewald, Ministerium des Inneren, nimmt mit, dass mehr Ressourcen im Bildungsbereich sowie für die horizontale Vernetzung benötigt werden. Edukative Ressourcen sind ernst zu nehmen.

Zusammenarbeit zwischen lokaler Agenda und Kommunen

Gespräch mit Dr. Gerold Fierment (Brandenburg 21 e.V., Brandenburgische Werkstatt Lokale Agenda 21) und Ute Hustig (Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthetal)

Was sind die zentralen Ergebnisse der Befragung aus Brandenburg?

Herr Dr. Fierment stellt die Ergebnisse der Befragung von Brandenburg21 aus dem letzten Jahr zu kommunalen Nachhaltigkeitsinitiativen vor. Schwerpunkt der Befragung von Nachhaltigkeitsinitiativen waren die mit den unterschiedlichen Beteiligungsformen gewonnenen Erfahrungen und ihr Zusammenhang zu erreichten Ergebnissen. Nachhaltigkeit kann nicht verordnet werden, sondern ist ein gemeinschaftlich getragener Prozess vor Ort. Man muss sich in der Zusammenarbeit von Verwaltungen und ehrenamtlichen Akteuren jeweils auf einen Perspektivwechsel einlassen. Das ist für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit besonders wichtig. Auch Initiativen müssen sich immer wieder selbst in Frage stellen, wobei Akteurskompetenz, Vielfalt (Akteure aus verschiedenen Bereichen), Transparenz und Fehlerfreundlichkeit wichtige Aspekte sind. Ein Wunsch der befragten Initiativen ist, dass sich künftig stärker Unternehmen einbinden.

Welche Erfahrungen hat Nuthetal gemacht?

Frau Hustig bekräftigt die Aussagen von Herrn Dr. Fierment: Wenn der Bürgermeister nicht hinter dem Thema steht, ist es schwierig, für die Lokale Agenda 21 etwas zu machen. Es braucht Mitarbeiter/innen in der Verwaltung, die hinter dem Thema stehen, dann lässt sich vieles auch ohne finanzielle Mittel bewirken. Es stimmt aus ihrer Sicht auch, dass es einen festen Ansprechpartner in der Verwaltung braucht. Wichtig ist, dass Nachhaltigkeit sich durch alle Themen durchzieht, nicht nur im Klimaschutz, sondern auch im sozialen und finanziellen Bereich.

Sie ist seit 2 Jahren Bürgermeisterin und hat den Bereich umstrukturiert und Nachhaltigkeit auch als politisches Zeichen mit reingenommen. Klima und Umweltschutz sind nun in der Fachbereichsbezeichnung verankert. Die Verwaltung muss auch mitmachen, man kann ihr zeigen wie es geht.



Im Mai fand die Auftaktveranstaltung statt und Nuthetal wird nun ein Klimakonzept erarbeiten. Die Auftaktveranstaltung war gut besucht, die Bürger beteiligten sich rege. Das muss in der Verwaltung vorbereitet werden. Eine Mitarbeiterin macht beispielsweise trotz Mutterschutz weiter in der Zusammenarbeit mit der Agenda.

Andere Bürgermeister/innen kann man ihres Erachtens nur durch Einzelgespräche überzeugen. Die menschliche Ebene ist dabei sehr bedeutsam.

Wie sind die Erfahrungen in Strausberg?

Seit 2001 gibt es einen Agendabeschluss in Strausberg, so Herr Dr. Fierment. 2009 wurde von den Stadtverordneten ein Agendabeirat „zur Durchsetzung der nachhaltigen Entwicklung der Stadt“ berufen. Zur Mitarbeit konnten sich interessierte Bürger/innen melden. 2011 wurde die Agenda mit Blick auf 2020 als Nachhaltigkeitsprogramm (mit Nachhaltigkeitszielen, Maßnahmen, Indikatoren und Festlegungen zum Nachhaltigkeitsmanagement) fortgeschrieben und im März 2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. In einem ersten Schritt wurden Überlegungen angestellt, wie der Prozess ablaufen kann, und erst im zweiten Schritt wurden die inhaltlichen Fragen bearbeitet.

Wie gelingt das Zusammenspiel zwischen Kommunen und Nachhaltigkeitsengagierten?

In Strausberg, so Herr Dr. Fierment, ist der Geschäftsführer der ÖKO-DATA GmbH ehrenamtlich als Vorsitzender des Agendabeirates tätig. Das Unternehmen unterstützt die Lokale Agenda darüber hinaus mit fachlichem Input, z. B. durch die Bearbeitung von Agendaprojekten in Kooperation mit der Verwaltung.

In der Verwaltung arbeiten Mitarbeiter/innen, die sich mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandersetzen und sich dafür engagieren. Es ist eine kritische Masse vorhanden, die dem Thema gegenüber aufgeschlossen ist. Der Agendabeirat wird bei der Organisation seiner Arbeit (Einladungen, Protokolle ...) durch eine ständige Ansprechpartnerin in der Verwaltung unterstützt.



Was heißt das für die Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie in Brandenburg?

Frau Hustig glaubt, dass ein gutes Ergebnis nur durch kontinuierliche Gespräche erzielt werden kann. So hat sie mit den Fraktionsvorsitzenden schon darüber gesprochen, wie der Prozess in Nuthetal weitergehen soll. Es wird aber wohl noch weitere Gespräche geben müssen. Wichtig ist aus Ihrer Sicht auch, sich mit Multiplikatoren abzustimmen und diese zu überzeugen, damit sie wiederum andere überzeugen können. „Das ist manchmal sehr mühselig, aber es lohnt sich“, so Frau Hustig.

„Aber vor allem Spaß muss das machen.“ In Nuthetal geht es immer ein bisschen lustig und locker zu, und dann kommen die Bürger wieder. Wenn Bürger sich beteiligen können, fühlen sich (und sind) die Leute eingebunden und kommen wieder!

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

Arbeitsgruppe 1: Vertikale Kooperation

Wie soll die Zusammenarbeit zwischen kommunaler Ebene – Region – Land künftig aussehen?

Moderation: Stefan Löchtfeld
e-fect dialog evaluation consulting eG

In der vertiefenden Arbeitsgruppe sollen Ideen und Themen vom Vormittag zur vertikalen Kooperation zwischen der kommunalen Ebene, der regionalen Ebene und dem Land konkretisiert werden.

Diese Thematik soll als gemeinsam ausgehandelter Prozess gesehen werden, in dem die unterschiedlichen Akteure ihre Ideen einbringen können.

Die Leitfrage, die die Arbeitsgruppe führen soll, lautet „Wer muss kooperieren, um was zu erreichen?“.

Die Frage wird mit folgenden Unterthemen diskutiert:

- **Ziel & Zweck:** Welche Ziele verfolgt die Kooperation? Wozu soll sie dienen? Was soll mit der Kooperation geändert werden?
- **Form der Vernetzung:** Welche Form der Kooperation und welche Kooperationsstrukturen sind für die zukünftige Zusammenarbeit stärker auszubauen oder zu initiieren? Was fehlt bisher?
- **Akteure:** Welche Akteure sind an dieser Kooperation beteiligt?
- **Unterstützungsleistungen, Qualitäten:** Welcher Unterstützungsleistungen bedarf es für einen langfristigen Erfolg? Welche Qualitäten müssen die Strukturen haben, damit sie langfristig funktionieren und lebendig bleiben?
- **Mehrwert:** Welcher Mehrwert entsteht für die verschiedenen Akteure durch die Kooperation? Welche Unterstützungsleistungen sorgen für den langfristigen Erfolg?

Zu Beginn stellt Herr Löchtfeld die Funktionen vor, die eine Kooperation haben kann (siehe auch Erläuterungen bei Arbeitsgruppe 2):

- Beraterfunktion
- Bündelungsfunktion

- Initiierungsfunktion,
- Transferfunktion,
- Anschubfinanzierung,
- Austauschplattform/funktion,
- Qualifizierungsfunktion,
- Motivationsfunktion.

Weitere Funktionen

In eher vertikalen Kooperationen könnte auch die Funktionen der „politischen Führung und Ermutigung“ ergänzt werden. Ein anderer Teilnehmender ergänzt, dass Anreize geschaffen werden, sodass Interesse geweckt wird, mitzuarbeiten – eine Art Belohnungssystem. Diese Anreize sollen dazu führen, die Zusammenarbeit in den Kooperationen zu verbessern.

Umgang mit Komplexität

Ein Teilnehmer bringt das System „Stärken stärken“ in die Diskussion: Diese Wachstumsstrategie beinhaltet auch, dass Schwächen nicht behoben werden (können). Letzteres wird aber so nicht kommuniziert. Da stelle sich die Frage der Akzeptanz, da längst nicht alles klar ist, wenn man ein Thema nur gut erklärt. Es braucht andere Mechanismen, um komplexe Strategien durchzuführen. Kooperationen sollten fair stattfinden.

Aufgaben- und Verantwortungsverlagerung

Bei vertikalen Kooperationen besteht manchmal der Verdacht, dass der Staat seine Probleme nach unten verschiebt - im Zweifel bis zur einzelnen Person. Erst wenn man oben nicht mehr weiter weiß, werden die unteren Ebenen beteiligt. Manchmal fordern die Kommunen auch die Übertragung von Aufgaben. Auch hier sollen beide Seiten genauer schauen, was jeweils die Fähigkeiten und die verschiedenen Rollen für Vor- und Nachteile für die Erreichung der Ziele haben.

Begegnen auf Augenhöhe

Die Begegnung der Teilnehmenden auf Augenhöhe trägt zum Gelingen von Kooperationen bei, so ein Beitrag. Für die zwischenmenschliche Begegnung zwischen den Akteuren sei dieses Postulat zwar richtig und wichtig, dennoch sollten die Unterschiede

zwischen den Kooperationspartnern gerade bei vertikalen Kooperationen nicht aus den Augen gelassen werden. Es gibt einfach unterschiedliche Rollen, Aufgaben, Kompetenzen, Instrumente und Durchsetzungsmöglichkeiten.

Zusammenarbeit verschiedener Ebenen

Bei der Umsetzung von Ideen und Projekten kommt es manchmal auf der nächst unteren oder nächst oberen Ebene zu Blockaden, so die Erfahrung eines Teilnehmers. Es wird die Frage gestellt, ob genauer analysiert werden kann, woraus die Blockaden resultieren, ob (politische) Meinungsverschiedenheiten, unterschiedliche Einschätzungen oder zu viel Arbeit die Ursachen sind.

Als Beispiel werden die regionalen Klimaschutzkonzepte angeführt. Hierzu finden zahlreiche Vernetzungen auf regionaler Ebene statt. In den Dörfern und Gemeinden selbst findet allerdings keine Vernetzung statt. Viele Kommunen wünschen sich jemanden, der ihre Gemeinden und Dörfer motiviert.

Handlungsorientierung

Ein Teilnehmer wendet ein, dass ihm die Diskussion zu abstrakt sei und sich um sehr formelle Kooperationen drehen würde. Er regt an, handlungsorientiert zu denken: Wie kann man Akteure zusammenführen? Was bedeutet das konkret? Welche Methoden müssten angesetzt werden? Nur dann könnte es gelingen, vertikal und horizontal zu kooperieren und weiterzukommen. Lokal vor Ort sind das die entscheidenden Fragen.

Kommunalverwaltung und Ehrenamt

Das Besondere in der Kommunalverwaltung ist, dass die Menschen bereit sind, etwas in der Kommune zu tun, so ein Teilnehmer. Nachhaltigkeit ist für viele ehrenamtlichen Politiker nur ein Thema unter vielen. Und ehrenamtliche Bürgermeister/innen müssen viele Aufgaben schultern. Wenn man die kommunale Gesamtverantwortung hat, kann das zu einer Abwehrhaltung gegenüber eher abstrakten Themen wie Nachhaltigkeit führen. Es gebe viele Dinge, die herangetragen würden und zu einer Überforderung führen könnten. Es gebe ein „Ziehen von vielen Seiten und viele

Interessen“. Da muss man Wege finden, wie die verschiedenen Themen und Interessen vereinbar sein könnten.

Die Frage, die bleibt, ist: Wie ist es zu schaffen, den Nachhaltigkeitsgedanken so darzustellen, dass Kommunen und Bürgermeister/innen das als Mehrwert sehen?

Nachhaltigkeit als Problem oder als Lösung

Für viele Bürgermeister/innen scheint Nachhaltigkeit ein weiteres Thema unter vielen zu sein; ein weiteres Problem, das es zu lösen gilt. Für die meisten Teilnehmenden stellt Nachhaltigkeit dagegen die Klammer für die vielen kommunalen Themen und Herausforderungen dar.

Das Plädoyer eines Teilnehmers ist, dass Nachhaltigkeit nicht als zusätzliche Aufgabe verstanden wird, sondern als Lösungsansatz für die vorhandenen Probleme genutzt werden kann. Es muss deutlich werden, dass Nachhaltigkeit hilft, die Probleme zu lösen, beispielsweise kann durch Ressourceneinsparung Finanzierungsspielräume geschaffen werden.

Umdenken erforderlich

Auch an anderen Stellen bedarf es eines Umdenkens. Ein Teilnehmer betont, dass es für ihn zentral ist, dass man die Debatte nicht anfängt mit „ich brauche mehr Geld“ sondern „wie kann ich das was da ist nutzen und umstrukturieren“.

Rolle der Zivilgesellschaft in der künftigen Landesnachhaltigkeitsstrategie

Im Moment gibt es zwar die Interministerielle Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung (IMAG NE) und einen wissenschaftlichen Beirat, aber kein Gremium, in dem die Zivilgesellschaft oder Kommunen beteiligt werden. Bei der Entwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie gibt es die Möglichkeit an den Veranstaltungen teilzunehmen. Die Frage nach einer kontinuierlichen Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der weiteren Erstellung, aber auch bei der Umsetzung, Steuerung und Kontrolle ist noch nicht geklärt. Das ist ein Manko, das behoben werden muss.

Verbindlichkeit der Nachhaltigkeitsstrategie

Ein Teilnehmer stellt die Frage, was mit dem Dokument der Landesnachhaltigkeitsstrategie passiert. Aufgrund seiner persönlichen Erfahrung hat er die Befürchtung, dass anschließend nichts passiert.

In der Diskussion wird deutlich, dass die Nachhaltigkeitsstrategie für die Landesregierung bindend sein soll. Auch für andere Akteure soll es als Richtschnur dienen können.

Das Land Brandenburg muss hier als Vorbild vorangehen und die Verbindlichkeit durch die gelebte Praxis unter Beweis stellen.

Gleichzeitig müssen die Ergebnisse an die Öffentlichkeit herangetragen werden, sonst sei die Arbeit wenig wert. Und für bestimmte Zielgruppen (Entscheider aus Politik und Wirtschaft) soll über eine Kurzfassung der Strategie nachgedacht werden.

Darüber hinaus sind Kriterien und Evaluation wichtig, um die Strategie zu überprüfen.

Nachhaltigkeitsprüfung

Eine Nachhaltigkeitsprüfung – so ein Teilnehmer - hat die Funktion, den Blick zu öffnen, Grenzen zu zeigen und Konsequenzen anzudeuten. Das hat einen Mehrwert, die Leute würden anfangen, in bestimmten Punkten darüber neu oder anders nachzudenken. Bei der Kommunikation des Mehrwertes muss man die Darstellung des praktischen Nutzens beachten. Und die Nachhaltigkeitsprüfung, die der Beirat entwickelt hat, dient zur Einschätzung von Strategien und Vorhaben im Vorfeld. Vielleicht sind unterschiedliche Nachhaltigkeitschecks für unterschiedliche Anlässe und mit unterschiedlicher Prüfungstiefe notwendig.

Mut zu Neuen Wegen

Als weiteres Thema wird erwähnt, dass es zur Lösung von Herausforderungen manchmal auch ungewöhnlicher Lösungen erfordert. Hier könnte die Bereitschaft für Experimente auf lokaler Ebene hilfreich sein. Manchmal bedarf es vielleicht auch Öffnungsklauseln bei Modellprojekten, damit auch jenseits bestehender Vorschriften neue Wege ausprobiert werden können.

Arbeitsgruppe 2: Vernetzung auf lokaler Ebene

Wie soll die Vernetzung zwischen Kommunen und lokalen / regionalen Akteuren künftig aussehen?

Moderation: Sophie Scholz

e-fect dialog evaluation consulting eG

Funktionen von Kooperationen

- **Beraterfunktion:** Die Kooperationspartner beraten sich gegenseitig; ggfs. ist auch eine Organisation dabei, die andere in bestimmten Fragestellungen berät.
- **Bündelungsfunktion:** Mit Kooperation werden Aufgaben und Kompetenzen gebündelt.
- **Initiierungsfunktion:** Neue Ideen entstehen; einzelne oder die Kooperationspartner als Ganzes initiieren Projekte, die von den kooperierenden Organisationen voran gebracht werden.
- Funktion der **Anschubfinanzierung:** durch gemeinsame Finanzierung oder durch Übernahme der Kosten durch einzelne Kooperationspartner, werden die Anschubkosten von Projekten finanziert.
- **Transfer:** Erfahrungen der Kooperationspartner werden ausgetauscht; Schlussfolgerungen gezogen und die Erfahrungen guter Projekte auf andere Kooperationspartner übertragen.
- **Austauschplattform / -funktion:** Austausch von Informationen, Ansprechpartnern über gemeinsame Treffen, Newsletter, Internetplattformen.
- **Qualifizierungsfunktion:** Die Kooperationspartner qualifizieren sich untereinander durch Weitergabe ihrer spezifischen Kompetenzen an andere Mitglieder des Netzwerkes.
- **Motivationsfunktion:** In Kooperationen können neue Motivationen entstehen, wenn einzelne Kooperationspartner die anderen motivieren oder durch gelungene Zusammenarbeit die Kooperationspartner motiviert werden.

Ergänzungen zu Funktionen von Kooperationen

Kooperationen sorgen für **Transparenz**, indem die Akteure sich gegenseitig informieren „Wo läuft was?“, und auf dieser Basis können bessere Entscheidungen getroffen werden.

Ebenso steigern Kooperationen die **Effizienz** für die einzelnen Arbeitsebenen, die kooperieren. Durch die Bündelung können zudem Zeit und Ressourcen gespart werden. Die Teilnehmenden halten fest, dass sich der für Kooperationen betriebene Mehraufwand lohnt. Allerdings muss diese Erfahrung einmal gemacht worden sein.

Kooperationen basieren auf Vertrauen, schaffen Vertrauen und tragen zur **Identitätsstiftung** zwischen den Kooperationspartnern bei.

Ziel und Zweck von Kooperationen

Bürgermeister/innen als kommunale Akteure verfolgen oftmals das Ziel, dass am Ende einer Kooperation oder eines Austausches auch ein Ergebnis stehen muss. Ziel kann jedoch auch sein, miteinander im Gespräch zu bleiben, sich auszutauschen ohne ein konkretes Ergebnis anzustreben.

Zum Begriff „Lobbyarbeit“ entwickelt sich unter den Teilnehmenden eine Diskussion um Eigeninteressen versus Gemeininteressen in Kooperationen. Die Zusammenarbeit in Kooperationen ist immer auch ein Stück Lobbyarbeit der Beteiligten. Lobbyarbeit heißt, dass Akteure ein Podium haben, um sich zu profilieren. In Kooperationsgemeinschaften ist es wichtig gemeinsame Interessen zu identifizieren, denn Eigeninteressen stehen immer auch mit im Vordergrund.

Akteure in der lokalen Agenda und ihre Form der Vernetzung

Eine erste Sammlung bringt folgende relevante Akteure zusammen:

- Vereine
- Verwaltung
- Politik
- „frei Schwimmende“
- Jugendliche
- Wirtschaft
- Forschung & Lehre (Wissenschaft)

In der Diskussion stellen die Teilnehmenden fest, dass es **verschiedene Formen von „Agenda“** gibt. Auf der Seite der Zivilgesellschaft finden sich zunächst die „Freischwimmenden“ die im Sinne einer flexiblen Bürgerbeteiligung immer wieder (in Gruppen) an Prozesse andocken. Eine Herausforderung im Umgang mit diesen Akteuren ist, dass sie nicht stetig dabei bleiben. Sie sind oftmals nicht demokratisch legitimiert, d. h. Ansprechpartner aus diesen Gruppen können Positionen vertreten, ohne dass sie dabei für die gesamte Gruppe sprechen.

Anders ist es bei Akteuren, die sich als Verein organisieren. Hier wird eine Stetigkeit von Kooperation, inhaltlicher Position und Beziehungsmanagement erwartet.

Die „Freischwimmenden“ sind dennoch spannend und wichtig für den Prozess. Auch für diese Akteure müssen Kommunen Strukturen schaffen, so dass sie in Beteiligungsprozessen sinnvoll andocken können. Herausfordernd ist, dass gemeinsame Willensbildung in der Agenda nicht geregelt ist. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Beteiligung systematisch ermöglicht werden kann?

Welche Form der Kooperation und welche Kooperationsstrukturen sind für die zukünftige Zusammenarbeit stärker auszubauen oder zu initiieren? Was fehlt bisher?

Akteursgruppen

Es gibt gute Pilotprojekte wie z. B. in Nuthetal. Erfolgreiche Projekte wie diese sollten auf andere Kommunen in Brandenburg übertragen werden. Um Entscheidungsträger wie Bürgermeister/innen in den Lernprozess einzubinden, ist es sinnvoll Austauschformate anzubieten, die sie mit anderen Bürgermeister/innen auf gleicher Augenhöhe zusammenbringen. Ein „**Bürgermeisterdialog**“ wird vorgeschlagen, denn „von Bürgermeister zu Bürgermeister lernt es sich besser“.

Für funktionierende Kooperationen ist die **Entscheidungsfähigkeit in Prozessen** sicherzustellen.

Als weitere Akteursgruppen sind **Sportverbände** und **Jugendliche** systematisch in den Dialog einzubeziehen. Jugendliche müssen erleben, dass Beteiligung sich lohnt, denn die Jugendlichen von heute sind die Entscheider von morgen. In Sportvereinen kann „Beteiligung um die Ecke“ umgesetzt werden, das bedeutet, dass politische Beteiligung nicht unbedingt das erste Ziel sein muss. Vielmehr soll das Gefühl entstehen können, dass sie etwas ändern können. Die, die sich engagieren wollen, sind zu stärken.

Welcher Unterstützungsleistungen bedarf es für einen langfristigen Erfolg?

Die Teilnehmenden wünschen sich, dass ihnen die Nachhaltigkeitsstrategie Bausteine für Förderanträge mit auf den Weg gibt. Auf jeden Fall ein Leitbild, was in entsprechende Anträge integriert werden kann.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass **Parallelprozesse** (z. B. in der Beratung / Förderung) vermieden werden sollen. Dazu gehört es auch, **Kompetenzen da zu lassen, wo sie sind**. Berater sind nur dann glaubwürdig und hilfreich, wenn sie Fachkompetenz vorweisen können. Wenn Stellen geschaffen werden, ist es wichtig darauf zu achten, dass die Personen auch in Bezug auf die lokalen Gegebenheiten kompetent sind. Auch für das Management von Freiwilligendatenbanken und die Arbeit von Freiwilligenagenturen ist es notwendig, professionelle und qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen.

Zu strategisch bedeutenden Themen ist es wichtig, nicht nur einen Leitfaden anzubieten, sondern vor allem eine Beratung bezogen auf die konkrete lokale Situation anzubieten. Anzudenken wäre hier eine **Servicestelle**, die beratend die qualitätsvolle Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie sicherstellt und dabei auch thematisch qualifiziert beraten kann.

Die Bewegung „**Lebendige Dörfer**“, sollte in den Prozess mit eingebunden werden, um die dort beispielhaft gesammelten Erfahrungen weiterzutragen.

Ein weiteres Format, was in der Nachhaltigkeitsstrategie Beachtung finden sollte, sind, „**Zeitweilige Arbeitsgruppen**“ (ZAG) mit Bürgern und Fraktionsvor-

sitzenden. Solche Gruppen können Entscheidungsprozesse begleiten.

Die **Infrastruktur für die Förderung von Kooperationen** könnte z. B. die Form eines Internetportals annehmen und (kostenlose) Orte zum Treffen bereitstellen.

Das Netzwerk der Akteure sollte so aufgebaut werden, dass wenn einer der Akteure „in den Wald hineinruft, auch jemand antwortet“. Dafür können E-Mail Verteiler benutzt werden und bestehende Verteiler miteinander verknüpft werden.

Damit das Thema Nachhaltigkeit kontinuierlich verfolgt werden kann, muss **Nachhaltigkeit in der Kommunalverfassung verankert** werden. Bottom-up Initiativen, die sich dem Thema widmen, sind häufig langfristig nicht beständig genug. Um ein **Nachhaltigkeitsmanagement** in den Kommunen zu ermöglichen und entsprechende Prüfungen durchzuführen, sollte das Land und eine entsprechende Servicestelle leichte, verständliche Instrumente an die Hand geben. Zudem ist es hilfreich durchgängige Kriterien für Nachhaltigkeit festzulegen und den Kommunen an die Hand zu geben.

Welche Qualitäten müssen Strukturen haben, damit sie langfristig funktionieren und lebendig bleiben?

Die Teilnehmenden diskutieren kontrovers darüber, ob für ein lebendiges Netzwerk ein hohes Maß an Gleichberechtigung notwendig ist, bzw. ob „**Gleichberechtigung**“ als **Qualitätsmerkmal** für Kooperationen angesehen werden kann. Neben einem klaren „Ja“ zu dieser Annahme, wird auch in den Raum gestellt, dass dies nur „teils teils“ richtig ist. Mitsprache ist auch von den eigenen Möglichkeiten abhängig.

Kooperationen können dann funktionieren, wenn Transparenz über das Verfahren gewährleistet ist und Rückkopplungsstrukturen aufgebaut werden, die darüber informieren was passiert.

Der Dialog muss institutionalisiert werden und Bürgerinnen und Bürger müssen mitgenommen werden. Die eigenen Ziele sind regelmäßig zu hinterfragen und zu evaluieren.

Die lokalen Aktionsgruppen (LAG) waren lange Zeit nur Fördermittelentscheider. Es muss jedoch das eigentliche Ziel sein, jedes Engagement das sich zeigt, zu unterstützen.

Schlusswort

Peter Ligner

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Herr Peter Ligner teilt zum Abschluss eher persönliche Gedanken mit. Das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ist zwar federführend für die Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie, die Vorbereitung dieses Workshops und die enge Zusammenarbeit mit dem Innenministerium zeige ihm aber, dass auch andere Ressorts sich aktiv an dem Prozess der Erstellung beteiligen.

Er ist überzeugt davon, dass mit Bildern gearbeitet werden müsse, dass man mehr überzeugen müsse um zu zeigen, warum die Strategie erstellt werde. Man sollte Szenarien darstellen und dazugehörige Leitbilder erstellen, um Menschen zu motivieren.

Dazu gehört Dialogbereitschaft. „Wir praktizieren eine neue Dialogkultur bei der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie.“

Ligner betont, dass er das Glück habe, früher auch außerhalb der öffentlichen Verwaltung gearbeitet zu haben. Mit Herrn Dr. Fierment und noch anderen saß er vor etlichen Jahren als Agendaakteur im damaligen Büro des Umweltministers. Bereits damals wurde die horizontale und vertikale Vernetzung angedacht. Heute sei es soweit, es ginge nun um dieses Thema – das Glas sei immerhin halb gefüllt. Allerdings hat die Landesregierung dieses Glas nicht alleine, sondern mit verschiedenen Akteuren zusammen gefüllt.

Eine spannende Frage ist, wie die nächsten Workshops verlaufen werden. Danach stünde der Test an, wie viel im Glas drin ist und welchen Geschmack das Getränk dann hat – sprich, wie der dann vorliegende Entwurf einer Landesnachhaltigkeitsstrategie zu bewerten ist. Er betont, dass er sich auf jeden Fall erneut an einem Dialogprozess beteiligen wolle.

Eine zentrale Frage ist auch, was endgültig beschlossen und final umgesetzt wird. Für ihn persönlich ist es wichtig, dass „nicht nur Papier, sondern Handfestes“



beschlossen wird und im Anschluss weiterentwickelt werden kann.

Ab dem ersten Dezember beginnt für Herrn Ligner mit dem Ruhestand das Leben nach der öffentlichen Verwaltung. Er werde dann als Akteur der Zivilgesellschaft zu solchen Veranstaltungen kommen und kritisch prüfen, wie voll das Glas wirklich ist.

Herr Ligner möchte darauf setzen, dass auch nach dem Beschluss der NHS weitere Dialogprozesse mit der Zivilgesellschaft stattfinden. Er möchte dafür werben, dass alle weiter am Ball bleiben und bedankt sich in diesem Sinne für die Mitwirkung am Workshop.

Anhang

Ergebnisse Arbeitsgruppe 1 Vertikale Kooperation



Ergebnisse Arbeitsgruppe 2 Vernetzung auf lokaler Ebene







Unterstützungsleistungen

Qualität Kooperation

Struktur die auch "Frühwecker" empfiehlt an anderen Leitfaden für Programme in den Regionen Beratung durch Servicestellen zu strategischen Ber. für Programme

Gemeinsames Portal online

Mehr Maß an Gleichberechtigung

Servicestelle des Landes

Verantwortlichkeit von Positionen vor Akkurat

Netzwerk der Akkurat → sich gegenseitig beraten

Prozessorientiert → Hilfigkeit des Dialogs

Ort zum Treffen

Nachhaltigkeit in die Kommunalverwaltung

Wille zum Dialog

Rederecht und zu "Zukunftsrat" (Idea Mittelteil) → inhaltliche Beratungsfunktion

Nachhaltigkeitsprinzipien für die Kommunen verständlich / machbar machen

Inspiration → offen für Anreize von am/Bez

Rückkopplung von Politik / Verwaltung an Zukunftsrat

Durchgängige Kriterien für Nachhaltigkeit für alle Ebenen

LAGE → muss mehr sein als reiner "Fördermittelvergeber" →

Politik nach Bürger*innen Ziele hinter

Prüfen: sind die Programme des Landes geeignet f. Lösung von komplexen Problemen?

Jeder Engpass muss an jeder Ecke. Man unterstützt Länder

Wirtschaft in lokale Finanzkonzepte einbeziehen

Weg vom Gießkannenprinzip

Wenn von Gemeinde 20 Bürger spenden werden, dann gibt man Geld x da x

gebe Geld für Partnerschaft

Zulassen von Projekten → falls erfolgreich zur Regel machen

Nicht nur Hei.de offer. letzter → selber in Vorleistung gehen



Liste der Teilnehmenden

Liste der Teilnehmenden

Vorname	Nachname	Institution
Martin	Batta-Lochau	Geschäftsstelle des Beirates für Nachhaltige Entwicklung
Thomas	Bergner	Stadtverwaltung Cottbus
Frank	Böhnke	Deutscher Bahnkunden-Verband Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
Olaf	Borchardt	Gemeinde Petershagen-Eggersdorf
Inga	Börjesson	Brandenburgischer Volkshochschulverband e. V.
Stephan	Böttcher	Stadtverwaltung Cottbus
Dr. Gerold	Fierment	Brandenburg 21 e.V. / AG Brandenburgische Werkstatt Lokale Agenda 21
Andreas	Fischer	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Thomas	Golinowski	Städte- und Gemeindebund Brandenburg
Dr. Markus	Grünewald	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Günter	Hälsig	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Ulrich	Hehenkamp	Amt Britz-Chorin-Oderberg
Martina	Hergt	Stadtverwaltung Cottbus
Sabine	Herig	Lokale Agenda Nuthetal / Büro Drecker
Dieter	Herrchen	Stadt Elsterwerda
Ute	Hustig	Gemeinde Nuthetal
Carola	Köhler	Landkreis Dahme-Spreewald
Grit	Körmer	Lokale Aktionsgruppe (LAG) Märkische Seen e.V.
Dr. Uwe	Krink	LBS-Ostdeutsche Landesbausparkasse AG
Christian	Kuenzer	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
Olaf	Kurtze	DISA Energy GmbH
Peter	Ligner	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Stefan	Löchtefeld	e-fect dialog evaluation consulting eG
Wolfgang	Lorenz	Landkreis Potsdam-Mittelmark
Christian	Maaß	Sozialdemokratische Gemeinschaft SGK Brandenburg e.V.
Lothar	Nicht	Stadt Cottbus
Katrin	Nolting	IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung GmbH
Pia	Paust-Lassen	Berlin 21 e.V. /InEcom GmbH
Cornelia	Petermann	Lokale Agenda 21 Fürstenwalde / Brandenburg 21
Dr. Martin	Pohlmann	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Wolfgang	Renner	Naturpark Schlaubetal e.V.
Matthias	Schneller	Landkreis Elbe-Elster
Sophie	Scholz	e-fect dialog evaluation consulting eG
Gabriele	Schwabe	Lokale AGENDA 21 in der Stadt Frankfurt (Oder)
Maria	Seewald	e-fect dialog evaluation consulting eG
Dr. Elke	Seidel	Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark
Andrea-Liane	Spangenberg	Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e.V.
Dr. Albert	Statz	Beirat für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg
Prof. Dr. Manfred	Stock	Beirat für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg
Reiner	Tietz	Lenkungsgruppe der Lokalen Agenda 21 des Kreises Oberhavel und Bürgerforum Lokale Agenda 21 Kremmen e.V.

Vorname	Nachname	Institution
Caroline	Verfürth	e-fect dialog evaluation consulting eG
Iris	Weißmann	RBB Studio
Dr. Dieter	Woidke	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Frank	Zeidler	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

Ansprechpartner

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Referat 55 Nachhaltige Entwicklung, umweltbezogene Fragen der
Wirtschaft und des Verkehrs, Luftreinhaltung, Lärminderung

Dr. Martin Pohlmann

Albert-Einstein-Straße 42-46

14473 Potsdam

Tel. 03 31-8 66 79 23

Email: martin.pohlmann@mugv.brandenburg.de

Dialoggestaltung

e-fect dialog evaluation consulting eG

Stefan Löchtfeld

Am Deimelberg 19

54295 Trier

Tel. 04 41-6 84 11 79

Email: dialog-brandenburg@e-fect.de

TAURUS ECO Consulting GmbH

Dr. Klaus Sauerborn

Universität Trier

Am Wissenschaftspark 25-27

54286 Trier

Tel. 06 51-2 01-31 30

Email: klaus.sauerborn@taurus-eco.de